



TBB, Projekte: ZIBB, IBB, IQM, Waldemarstr. 29, 10999 Berlin

Projekte:

- * Zentrum für Interkulturelle Berufs- u. Beschäftigungsförderung (**ZIBB**)
(*Kültürlerarsi Meslege ve Çalismaya Özendirme Merkezi*)
- * Initiative zur Berufs- u. Beschäftigungsmotivierung (**IBB**)
(*Meslege ve Çalismaya Özendirme Girisimi*)
- * Interkulturelle Qualifizierungsmaßnahmen (**IQM**)
(*Kültürlerarsi Kalifikasyon Programi*)

Waldemarstr. 29, 10999 Berlin
Tel.: 61 40 31 40 / 61 40 33 47
Fax: 61 40 32 67
E-Mail: zibb-ibb@t-online.de

Arbeitslosigkeit in der türkischstämmigen Community Berlins:

1. Einleitung

Noch 1982 lag die Erwerbsbeteiligung der zugewanderten nichtdeutschen Bevölkerungsgruppen über der deutschen. 1998 betrug die Erwerbstätigenquote der deutschen Bevölkerungsgruppe 68 % und die der nichtdeutschen 52 %. Die türkischstämmige Bevölkerungsgruppe wies mit einer Erwerbstätigenquote von 47 % die niedrigste in Deutschland auf.

Ausgangssituation:

Mit 130.000 in Berlin niedergelassenen und rund 50.000 Eingebürgerten türkischer Herkunft stellt die türkischstämmige Community die größte Minderheitengruppe in Berlin. Aber mit rund 42 % weist diese Bevölkerungsgruppe auch die größte Arbeitslosenquote in der BR-Deutschland auf. 90 % der türkischstämmigen Arbeitslosen in Berlin verfügen über keinen Berufsabschluß. Der Anteil dieses Personenkreises an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung in Berlin beträgt nur 5 %. Somit ist diese Bevölkerungsgruppe die größte Verliererin der größten Bildungskatastrophe in Berlin der Nachkriegszeit und des Einheitsprozesses.

Arbeitslosigkeit türkischstämmiger Frauen in Berlin

nach LAA Berlin- Brandenburg

Stand 9/2000

Von dem sozialen Abstieg der türkischstämmigen Bevölkerungsgruppe sind die Frauen am stärksten betroffen. Auch bei der Frauenarbeitslosigkeit bilden die türkischstämmigen Frauen mit 41 % aller nichtdeutschen arbeitslosen Frauen die größte Gruppe. Das berufliche Qualifikationsniveau dieses Personenkreises entspricht dem Dritte-Welt-Niveau: rund 93 % aller arbeitslosen türkischstämmigen Frauen sind ohne eine Berufsausbildung; 65 % haben nicht einmal einen Hauptschulabschluss.

Arbeitslose nichtdeutsche Frauen	Arbeitslose türkischstämmige Frauen	Anteil an arbeitslosen nichtdeutschen Frauen
17.001	6.977	41 %

türkischstämmige Frauen	Anteil an berufsvorbereitenden Maßnahmen	an FbW	an ABM	keine Maßnahmen
	0,07 %	4,6 %	3,7 %	92 %

Türkischstämmige Frauen	ohne HSA	mit HSA	oHSA+HSA	ohne Berufsausbildung	mit Berufsausbildung
100 %	65 %	28 %	93 %	93 %	7 %

Jugendarbeitslosigkeit

64 % der jugendlichen MigrantInnen verlassen die allgemeinbildenden Schulen ohne Schul-, mit einfachem Schul- oder mit erweitertem Schulabschluss. Sie sind daher von der betrieblichen Ausbildung in Berlin praktisch ausgeschlossen. Die Ausbildungsbeteiligung aller jugendlichen MigrantInnen beträgt nur 20 %. Sie sind somit Opfer der größten Ausbildungskatastrophe in der Berliner Nachkriegsgeschichte.

Der Ausbildungsmarkt ist auch dadurch gekennzeichnet, dass Jugendliche nichtdeutscher Herkunft weitgehend von Ausbildungs- oder Qualifizierungsmaßnahmen ausgeschlossen sind, wenn der Maßnahmestandort im Ostteil der Stadt angesiedelt ist. Konkrete schlechte Erfahrungen mit Auszubildenden und Ausbildern, die aus dem Ostteil unserer Stadt stammen, bilden den Hintergrund dieser Exklusion. Es ist daher festzustellen, dass die Fremdenfeindlichkeit und die nicht vollzogene innere Einheit in unserer Stadt den Ausbildungsmarkt der

nichtdeutschen Jugendlichen zusätzlich einschränkt und so die Ausbildungsmisere dieser Gruppe weiter verschärft.

Schlussfolgerungen

Die Hinführung dieses Personenkreises zu Qualifizierungsmaßnahmen und ihre Eingliederung in den Arbeitsmarkt stößt auf besonders große Schwierigkeiten.

Die Exklusion aus der Mehrheitsgesellschaft und dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt führt bei diesem Personenkreis zu starken Tendenzen sich in der Marginalisierung einzurichten. Alltagserfahrungen, die von diesem Personenkreis nationalisiert werden, führen zu einem Rückzug aus den Regeldiensten der Gesellschaft. Die Antwort dieser Zielgruppe auf die in Teilen der Bevölkerung bestehende Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ist der **verallgemeinerte Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit**: jedes subjektive Erlebnis wird als ausländerfeindlicher Akt verstanden; ein sachliches Gespräch mit einem Sachbearbeiter über mangelnde Zugangsvoraussetzung für eine Maßnahme wird dann eben als Ausschluss wegen der Abstammung interpretiert; schließlich ist auch nicht nur der einzelne Sachbearbeiter ausländerfeindlich, sondern die ganze Verwaltung, ja sogar die ganze Gesellschaft. Die Folge dieser simplifizierenden Wahrnehmung ist der Rückzug aus den Regeldiensten in die eigene Community und das persönliche Einrichten in der Marginalisierung.

Es ist aber auch zu beobachten, dass die vorhandenen öffentlichen Berufsausbildungsangebote und die Maßnahmen der freien Träger nicht auf die adäquate Akzeptanz in dieser Bevölkerungsgruppe stoßen. Hier herrschen offensichtlich auch ernstzunehmende Annahmehürden, die herkunfts- und milieubedingt sein dürften.

Lösungsvorschläge

Die bestehende Qualifikationsstruktur der türkischstämmigen Arbeitslosen wird auch bei einer Belebung der wirtschaftlichen Konjunktur nicht nachgefragt werden. Die Arbeitslosigkeit in dieser Bevölkerungsgruppen ist daher kein Teilproblem der allgemeinen Arbeitslosigkeit, sondern ein eigenes Problem, das gezielte Lösungen erfordert.

Diese Bevölkerungsgruppe hat migrations- und milieubedingte Defizite, die noch durch die soziale Zugehörigkeit zur Unterschicht verstärkt werden. Durch niedrigschwellige und migrantenspezifische Vorschaltmaßnahmen, die weitgehend allgemeinbildende Komponenten enthalten, müsste dieser Personenkreis an berufliche Bildungsmaßnahmen herangeführt werden. Dies wird jedoch vom SGB III, das die arbeitsmarktpolitischen Instrumentarien stellt, ausgeschlossen. Für eine integrationsfördernde und berufliche Qualifizierung dieser Bevölkerungsgruppe müsste daher das SGB III adäquat angepasst werden.

Mit zunehmender Aufenthaltsdauer dieser Bevölkerungsgruppe in Berlin erleben wir keinen fortschreitenden Integrationsprozess, sondern eine Exklusion vom Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Dieser Exklusion, die für den sozialen Frieden ein ernstzunehmendes Risiko darstellt, kann nur mit einer gezielten Qualifizierungsoffensive von Land und Bund begegnet werden. Hierfür können die „Maßnahmen zur beruflichen und sozialen Eingliederung junger Ausländer (MBSE)“, die in den 80er Jahren angeboten wurden, als Vorlage dienen.

Alisan Genç, in Oktober 2001